

Deutschland. O. C. Landtags-Verhandlungen.

75. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 30. März).

12 Uhr. Am Ministertische mehrere Commissarien.
Der Präsident des Staatsministeriums ist folgendes Schreiben an den Präsidenten des Hauses eingegangen: „Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich ganz ergebenst, die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtags beifolgend Entgegennahme einer Allerhöchsten Befehl auf Sonnabend, den 30. März, Nachmittags 2½ Uhr, in den Sitzungsaal des Hauses der Abgeordneten gefälligst einzuladen zu wollen.“ v. Bismarck.

Darauf tritt das Haus, dessen Bänke nur mäßig besetzt sind, in seine Tages-Ordnung ein, erklärt zunächst die statistische Nachweisung der Kosten der Verwaltung der zusammengefügten Amtsbezirke und der Kreisaußschüsse im Geltungsbereiche der Kreisordnung vom 13. December 1872 durch Kennzeichnung für erledigt und überweist eine Petition des Bürgervereins der Stadt Schlewig um Einführung der geheimen Abstimmung bei den Communalwahlen der Regierung zur Berücksichtigung.

Eine Petition des Dr. Wienthal bittet das Reglement der Pommerschen Landschaft von 1871 auf gesetzlichem Wege abzuändern, weil dasselbe als Bedingung für die Theilnahme an den Kreisversammlungen und zur Ausübung des Stimmrechtes das Bekenntnis zur christlichen Religion fordert. Petent sei aus dem Grunde, weil er der christlichen Confession nicht angehört, niemals eingeladen worden. Die Commission beantragt einstimmig: die Petition der Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, dahin zu wirken, daß die Statuten der Provinziallandtschaft für Pommern mit der Verfassung und den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen in Einklang gebracht werden.

b. Ludwig erklärt sich gegen den Antrag, weil die Juden die Landwirtschaft nur als Speculation betreiben, die Güter nur ausschachten, verkaufen und Handel damit treiben. Es sei über allen Dingen nicht ratsam, auf das in Rede stehende Institut der Selbstverwaltung einzuwirken. Dagegen bedauert Graf Bethusy-Huc, daß sich ein Mitglied gefunden hat, welches sich gegen den Commissionsantrag ausgesprochen. (Beifall.) Die jüdischen Interessenten hätten bei diesem Institut dieselben Pflichten, mußten also auch dieselben Rechte haben, wie die christlichen. Sache der Regierung sei es, die widersinnige und inhumane Bestimmung aus dem Reglement zu entfernen und mit allen ihr zutreffenden Mitteln dahin zu wirken.

Hänel erkennt es dankbar an, daß er durch ein Mitglied der conservativen Partei der Verpöschung überhoben sei für den Commissionsantrag gegen b. Ludwig einzutreten; v. Meyer (Arnsdalse) protestirt dagegen, daß Graf Bethusy ein Mitglied der conservativen Partei sei, er sei freiconservativ. Auf die Provinziallandtschaft dürfe ein Zwang in keiner Weise ausgeübt werden. Nach Frenkel's Meinung liegt dagegen gerade hier ein Fall vor, in welchem vom Staatswegen ein Zwang ausgeübt werden müsse, um ein verfassungsmäßiges Recht zu wahren. (Beifall.)

Windthorst (Weppen) stimmt für den Antrag; er versteht aber denselben nicht dahin, daß ein absoluter Zwang ausgeübt werden, sondern nur dahin, daß die Regierung auf das Institut in angemessener Weise einwirken solle.

Das Haus genehmigt den Commissionsantrag mit großer Majorität.
Die Petitionen der Stadtverordnetenversammlung von Landeck werden der Staatsregierung mit der Aufforderung überwiesen, die Verwaltung des Bades Landeck einer Reorganisation theilhaftig werden zu lassen, welche der Stadt Landeck die Verwaltung des Bades in dem gemeindeverfassungsmäßigen Umfange zurückgibt, soweit nicht allgemein gesetzliche Bestimmungen dieses communale Recht beschränken.

Die Verathung über den Bericht der Geschäftsordnungs-Commission, betreffend die Petition der Eigentümer und Redactoren des „Berliner Actionär“, um Vorbehalten gegen den Mißbrauch der Redefreiheit Seitens der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, wird wegen Abwesenheit des Referenten Baumgard von der Tagesordnung abgesetzt, trotzdem von Ludwig und von Mantuffel sich dagegen aussprechen. Die Ablegung wird durch Löwe (Berlin) mit der Wichtigkeit der Sache und ferner damit befristet, daß eine Ausarbeitung des Hauses dessen Beschlußfähigkeit ergeben würde.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt und der Präsident fordert die Versammlung auf, sich um 2½ Uhr noch einmal zu einer gemeinsamen mit dem Herrenhause unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten des letzteren abzuhalten. Die Versammlung einzufinden. Präsident v. Bennigsen bemerkt, daß er die bisher übliche Praxis bei derartigen Sitzungen auch in diesem Falle adoptirt, jedoch ausdrücklich ein Recht des Präsidenten des Herrenhauses auf den Vorsitz in solchen Fällen nicht anerkannt habe.

Der Präsident giebt hierauf die übliche Geschäftsübersicht. Das Haus hat seit dem 21. October v. J. getagt und vom 10. Februar bis 13. März seine Sitzungen abgehalten. In den übrigen 105 Tagen mit Ausschluß der Sonntage und Festtage haben stattgefunden 75 Plenar-, 14 Abtheilungs-, 249 Commissions- und 210 Fraktions-Sitzungen. Außer dem Etat, verschiedenen Rechnungen, Ueberrichten und Rechnungsberichten gingen dem Hause von der Staatsregierung 25, vom Herrenhause 11 Gesetzentwürfe zu, von denen 25 von beiden Häusern genehmigt, 2 zurückgezogen wurden (die beiden Anleihevorlagen), 9 blieben unerledigt, nämlich die Begeordnungen, das Communalsteuergesetz, die Uebernahme der Zinsgarantie für die Bahn Palswalde-Medlenburgerische Grenze, Reorganisation der sächsischen Domstifter, Nobelle zur Städteordnung, Kaufpolizeigesetz, Haubergsordnung, Feld- und Forstpolizeigesetz und Gesetzentwurf betreffend die Hessische Brandversicherungsanstalt. Von den gesammelten 60 Vorlagen sind 32 in den Commissionen verhandelt; die Commissionen haben darüber 21 schriftliche und 8 mündliche Berichte erstattet. Selbstständige Anträge sind 21 eingebracht; von denen 19 und zwar 13 durch Annahme, 6 durch Ablehnung erledigt sind; 3 blieben unerledigt. Fünf Interpellationen sind eingebracht und von der Staatsregierung beantwortet worden; in vier Fällen hat dahin eine Beantwortung stattgefunden.

Von 1319 Petitionen, über welche 31 schriftliche und 10 mündliche Berichte erstattet wurden, sind 166 durch Ueberweisung an die Staatsregierung, 354 durch Annahme von Gesetzentwürfen und Resolutionen, 65 durch Uebergang zur Tagesordnung, 324 ohne Erörterung, 9 durch Zurückziehung, zusammen 918 erledigt. Unerledigt blieben 401, darunter 294, über welche größtentheils wegen verspäteter Einreichung weder in Commissionen, noch im Plenum verhandelt worden ist, aber 107 sind zwar die Commissionen schlüssig geworden, aber das Plenum hat nicht mehr über sie verhandeln können. Sämmtliche Wahlen sind geprüft, nur über die Wahl eines in neuester Zeit eingetretenen Mitgliedes sind die Acten noch nicht eingegangen. Erledigt sind augenblicklich 4 Mandate.

Abg. v. Bonin: Da ich die Ehre gehabt habe, beim Beginn der gegenwärtigen 13. Legislaturperiode als das älteste Mitglied des Hauses die Sitzungen zu eröffnen, so gestatte ich mir in derselben Eigenschaft jetzt bei dem bevorstehenden Schluß der zweiten Session dieser Periode unserem verehrten Herrn Präsidenten, der mit seltener Ausdauer und Aufopferung, mit nie gestörter Sicherheit und Ruhe und vollkündiger Unparteilichkeit die Verhandlungen dieses Hauses in erfolgreicher Weise geleitet hat, sowie dem Gesamtdorstande den Dank des Hauses auszusprechen und ersuche Sie, auch Ihrerseits diesem Dank dadurch Ausdruck zu geben, daß Sie sich von Ihren Sigen erheben. (Beifall. Die Mitglieder erheben sich.)

Präsident v. Bennigsen: Ich kann Ihnen nur herzlich dankbar sein für die Anerkennung, welche Sie mir und meinen Kollegen im Vorstande zu Theil werden lassen. Nehmen Sie auch meinen Dank für die hingebende Thätigkeit, die Sie in dieser so beschwerlichen und ernsten Session den Geschäften gewidmet haben, und für die rege Unterstützung, die Sie mir und meinen Kollegen zu Theil werden ließen, entgegen. — In dem Augenblicke, wo wir im Begriffe sind, uns zu trennen, ersuche ich Sie mit mir einzustimmen in den gewöhnlichen Ruf der Treue und Ehrerbietung: Se. Majestät der Kaiser, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch! (Das Haus stimmt dreimal in den Ruf ein.) — Schluß 1½ Uhr.

Um 2½ Uhr versammeln sich die Mitglieder beider Häuser, während am Ministertische Dr. Leonhardt, v. Kameke, Falt, Friedenthal und Hoffmann

erscheinen. Herzog von Ratibor übernimmt auf Grund der Vereinbarung mit dem Präsidenten v. Bennigsen den Vorsitz, beruft zu Schriftführern die Herren Weiser und Schilling-Kerßenbrock vom Abgeordnetenhaus und die Herren Theune und Graf v. Bock vom Herrenhause und ertheilt dem Justizminister zur Verlesung folgender Allerhöchsten Befehl das Wort: Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen, haben auf Grund des Art. 77 der Verfassung vom 31. Januar 1850 Unseren Justizminister Dr. Leonhardt beauftragt, die gegenwärtige Session beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie am 30. März zu schließen.

Gegeben den 29. März 1878.
Auf Grund dieses ihm ertheilten Allerhöchsten Auftrages erklärt der Justizminister die gegenwärtige Session beider Häuser des Landtags für geschlossen und der Vorsitzende Herzog von Ratibor schließt die Sitzung mit dem dreimal begeistert wiederholten Ruf: Unser allergnädigster Kaiser und König lebe hoch!

26. Sitzung des Herrenhauses vom 30. März.

11 Uhr. Am Ministertische: Leonhardt, Friedenthal, Geh. Rath Scholz. Se. Maj. der Kaiser und König haben die Glückwünsche des Hauses am 22. d. M. huldvoll entgegenzunehmen geruht.

Zur Entgegennahme einer Allerhöchsten Befehl werden die Mitglieder eingeladen, sich heute 2½ Uhr Nachmittags im Abgeordnetenhaus einzufinden.

Auf der Tagesordnung steht allein der mündliche Bericht der Commission für den Staatshaushaltsetat über den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1878/79.

Der Berichterstatter Wiedens beantragt im Namen der Commission dem vorgenannten Gesetzentwurf in der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Der Commissionsantrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Senfft d. Pilsch spricht dem Präsidenten für seine mäßige Thätigkeit in dieser Session den Dank des Hauses aus, welchen die Mitglieder durch Erheben von den Plätzen documentiren.

Der Präsident dankt dem Vordrager für die freundlichen Worte der Anerkennung und gedenkt der opferwilligen Mitwirkung des Hauses. Hierauf giebt er die übliche Geschäftsübersicht über die Thätigkeit des Hauses:

In der Session 1877/78, welche am 21. October v. J. begann, und also die Dauer von 5 Monaten überschritten hat, sind beiden Häusern des Landtags, abgesehen von einer Reihe von Ueberrichten und Nachweisen, im Ganzen 40 Vorlagen gemacht worden. Davon gelangten zunächst an das Herrenhaus 12, die übrigen 28 an das Haus der Abgeordneten. Davon haben 30 die Zustimmung beider Häuser erhalten. Von den übrigen zehn Vorlagen ist ein Gesetzentwurf, betr. die Verfassung zum höheren Verwaltungsdienst seitens des Herrenhauses unerledigt geblieben, von den anderen 9 sind 3, über welche das Herrenhaus Beschluß gefaßt, nicht erledigt worden. Die übrigen 6 sind überhaupt nicht an das Herrenhaus gelangt. Außerdem hat das Herrenhaus 13 Ueberrichten, Nachweise und Rechnungsberichte erhalten und darüber Beschluß gefaßt. Ein selbstständiger Antrag ist unerledigt geblieben. Von 558 Petitionen wurden 297 durch Beschlußfassung über Gesetzentwürfe erledigt, 183 durch die Petitionscommission. Es wurden im Ganzen 26 Plenar-, 18 Abtheilungs- und 88 Commissions-Sitzungen abgehalten.

Präsident Herzog v. Ratibor: Meine Herren! Ehe wir uns trennen, ersuche ich Sie, in alter Treue an unser angestammtes Herrscherhaus in dem Ruf einzustimmen: Se. Majestät unser König, Kaiser Wilhelm, er lebe hoch! (Das Haus erhebt sich und stimmt dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Schluß 1½ Uhr.

Berlin, 30. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Generalmajor J. d. von Langen, bisher Commandant der 38. Infanterie-Brigade, den Nothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem General-Landchafts-Kassen-Secrutar, Stadtrath von Chelowsky zu Posen und dem General-Landchafts-Kassen-Verwalter Krasowski ebendasselbe den Nothen Adler-Orden vierter Klasse; dem General-Landchafts-Director, Rittergutsbesitzer von Morawski auf Rotowiedo, im Kreise Pleschen, und dem General-Landchafts-Rath, Rittergutsbesitzer von Polkowski auf Popowo, im Kreise Obohrn, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Schullehrer Dittmann zu Linjen, im Kreise Miliusch, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Gefreiten Ferdinand Ulmann im Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 und dem Gefreiten Karl Börg im 1sten Garde-Feld-Artillerie-Regiment das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem seitherigen Minister des Innern Grafen zu Eulenburg, unter Verlesung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers, die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt und den Ober-Präsidenten der Provinz Hannover Grafen zu Eulenburg zum Staats- und Minister des Innern ernannt; sowie den Staats-Minister Dr. v. Achenbach auf sein Ansuchen von der Leitung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten entbunden und demselben, unter Verlesung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers, das Ober-Präsidium für Westpreußen übertragen ferner den Unter-Staatssecretär Maybach zum Staats- und Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten; sowie den Oberbürgermeister, Regierungsrath a. D. Hobrecht zum Staats- und Finanz-Minister ernannt.

Se. Majestät der König hat den Oberlieutenant und Commandeur des 1. Rheinischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 8, Emil Albert Justus Siber geadelt.

Se. Majestät der König hat auf den Vorschlag des Magistrates zu Greifswald den Rathsherrn und Polizei-Director Helfrich daselbst zum Bürgermeister der Stadt Greifswald für eine zwölfjährige Amtsdauer ernannt.

Der Staatsarchivar Dr. Sauer ist von Aurich nach Jbstein versetzt; der Archiv-Secrutar Dr. Geisheim beim Staatsarchiv in Magdeburg zum Archivar ernannt, und der Archiv-Secrutar Dr. Herquet aus Breslau mit der commissarischen Verwaltung des Staatsarchivs zu Aurich beauftragt worden. Angestellt sind: Der Archiv-Assistent, Gymnasial-Dozent a. D. Dr. Friedrich Gerß als Archiv-Secrutar in Hannover, der Archiv-Assistent Dr. Paul Potenhauer als Archiv-Secrutar in Breslau; und der Archiv-Hilfsarbeiter Dr. Bernhard Endrulat als Archiv-Secrutar in Düsseldorf. Dem Oberlehrer Dr. Ernst Voigt am Friedrichs-Gymnasium in Berlin, und dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Gebers in Verden ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. Der Gymnasiallehrer Dr. Franz Karl Gottfried Münich in Wittenberg ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Verden, und der Gymnasiallehrer Friedrich Reuter zu Kiel als Oberlehrer an das Gymnasium in Glöttel beurlaubt worden. Am Gymnasium in Emmerich ist der Religionslehrer Israel zum Oberlehrer befördert worden. Die Verlesung des Oberlehrers Dr. Biermann von der Friedrichs-Werderschen Gewerbeschule zu Berlin in gleicher Eigenschaft an die Kaiserliche Realschule daselbst, und die Verlesung des Realschul-Oberlehrers Friedrich August Theodor Reier in Jerslow zum Oberlehrer bei der Realschule in Landeshut ist genehmigt worden.

Dem ordentlichen Lehrer Emil Friedrich Julius Schell an der höheren Bürgerschule in Gießen ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden. Der ordentl. Seminar- u. Musiklehrer Schöke zu Neu-Ruppin ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Alt-Döbern versetzt, und an dem Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin der Organist Musikdirector A. Schröder aus Quedlinburg als ordentlicher Seminar- und Musiklehrer angestellt worden. Aus dem Schullehrer-Seminar zu Paradies ist der Gymnasiallehrer Jaskulski aus Rogasen, und an dem Schullehrer-Seminar zu Venedig der Rector Dr. vom Berg zu Hagen in Westfalen als ordentlicher Lehrer; an dem Schullehrer-Seminar zu Verden der Lehrer Knaal aus Elbing; an dem Schullehrer-Seminar zu Langel der Lehrer Weichert aus Meßbach; an dem Schullehrer-Seminar zu Aurich der Lehrer J. A. Hoffmann zu Leer, und an dem Schullehrer-Seminar zu Uetersen der Waisenhaus-Schullehrer Mohr aus Bunzlau als Hilfslehrer angestellt worden. An dem Lehrerinnen-Seminar und der mit demselben verbundenen höheren Mädchenschule zu Posen (Kaiser-Stiftung) ist der Lehrer Rast von der Prä-

parandenanstalt zu Bromberg als ordentlicher Lehrer angestellt; an der Präparandenanstalt zu Bilsen im Regierungsbezirk Gumbinnen der zweite Lehrer Koch zum ersten Lehrer befördert und der Lehrer Jablonski von der Stadtschule daselbst als zweiter Lehrer angestellt worden. Der Arzt Dr. med. Teltz ist mit Verlesung seines Wohnsitzes in Vobersberg zum Kreis-Bezirksarzt des Kreises Gießen, und der Arzt Dr. med. Abdes mit Verlesung seines Wohnsitzes in Hannover zum Kreis-Bezirksarzt des Kreises Wennigsen ernannt worden. — Dem Geheimen Commerzien-Rath Louis Rabenö zu Berlin ist die Medaille für Verdienst um die Gewerbe in Gold verliehen worden. — Die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ist ertheilt: dem Kreisgerichtsrath Zunderer in Naumburg a. S. und dem Ober-Amtsrichter Wolfhagen in Reinfeld.

Berlin, 30. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute in Gegenwart des Commandanten militärische Meldungen und demnächst die Vorträge des Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski, des Kriegsministers, Generals von Kameke und des Generals von Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute, Vormittag mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden und Hochfürstlichen Tochter, der Prinzessin Victoria, in der Kaiserin-Augusta-Stiftung zu Charlottenburg bei der Prüfung zugegen, welche der morgen bevorstehenden Confirmation daselbst vorhergeht.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und begab sich Nachmittags um 4½ Uhr mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm nach dem königlichen Palais, wo Hochdieselden der feierlichen Investitur Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden mit dem hohen Orden vom Goldenen Bleß beiwohnten und an dem sich anschließenden Gala-Diner Theil nahmen.

Abends um 7 Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit zu der General-Versammlung des Allgemeinen Deutschen Fischerei-Vereins nach dem Englischen Hause. (Reichs-Anz.)

Berlin, 31. März. [Fürst Bismarck und die Kriegslage. — Reconstruction des Ministeriums. — Denkschrift über Differentialtarife. — Reichseisenbahnamt und Tariffscommission. — Gesetz gegen Verfälschung von Lebensmitteln. — Ehrenbürgerrecht für Hobrecht.] Aus den uns vorliegenden diplomatischen Actenstücken geht hervor, daß Fürst Bismarck den Krieg zwischen England und Rußland vermeiden wollte und bereits am 15. März in London mit der Aufforderung intervenirte, die in Berlin accreditirten Vertreter der Mächte oder außerordentliche Bevollmächtigte zu einer Präliminarconferenz zusammenzutreten zu lassen. Der unschlüssige britische Premier, der seitdem sein Amt niedergelegt, versprach sich keinen Nutzen von einer Vorconferenz und so wurde anstatt der kurzen Verständigung der Diplomatie am grünen Tisch in der Wilhelmstraße der lange Weg der Unterhandlungen von Cabinet zu Cabinet eingeschlagen. Die üblen Folgen treten bereits zu Tage. In Wien hat der diplomatische Commis voyageur der russischen Regierung eine kühle Aufnahme gefunden, allerhöchste Handschreiben werden von Hof zu Hof gewechselt, die europäischen Börsen gerathen in fieberhafte Aufregung, an die Stelle des Dreikaiserbundes wird die Allianz Oesterreichs, Englands und Frankreichs gesetzt und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland, so wie die Mobilisirung der österreichischen Armee werden als bevorstehende Ereignisse angekündigt. Diesen alarmirenden Gerüchten gegenüber dürfen wir jedoch versichern, daß man sich hier den Gang der Ereignisse nicht so schwarz ausmalt. Die Hoffnung auf ein friedliches Arrangement ist nicht ausgegeben, weil Oesterreich nichts weniger als ein kriegerisches Eingreifen an der unteren Donau beabsichtigt. Sgnatjew hat nach officiellen Berichten die Bahn in Wien durch den Prinzen Alexander von Hessen geebnet gefunden und die Eintracht zwischen Petersburg und Wien wieder hergestellt. Er hat alle wünschenswerthen Concessionen gemacht. Sollte in der That ein Ultimatum Englands an Rußland in den nächsten Tagen erfolgen und eine militärische Action stattfinden, so schließt das nach der Auffassung unserer officiellen Kreise nicht aus, daß das Einvernehmen der übrigen Mächte noch zur rechten Zeit den Ausbruch eines europäischen Krieges verhindern kann. Allerdings wird nicht verkannt, daß diese Hoffnung auf etwas schwachen Füßen ruht. — Endlich hat Preußen wieder ein vollständiges Ministerium, nachdem der „Staatsanzeiger“ gestern die Ernennung der Herren Maybach, Hobrecht und Graf Botho Eulenburg zu Staatsministern publicirt hat. Man scheint absichtlich bis zum Schluß der Session gewartet zu haben, um der Verpöschung überhoben zu sein, dem Landtage eine offizielle Anzeige zu machen, an die sich leicht Erörterungen sehr interessanter, aber vielleicht dem Fürsten Bismarck und den neuen Ministern nicht besonders zuzugender Natur hätten anknüpfen lassen. Das ist jetzt vermieden, und der Presse allein kommt nun das Recht und die Pflicht zu, Kritik an der Art und Weise der „Reconstruction“ der Regierung zu üben. Von den Blättern aller Parteien wird denn auch unzweifelhaft in den nächsten Tagen dieses Recht in ausgiebigster Weise gebraucht werden. Die Ernennung des Grafen Stolberg zum Staatsminister ohne Portefeuille und Vizepräsidenten des Ministeriums ist noch nicht vollzogen, weil die Absicht besteht, ihn gleichzeitig nach Maßgabe des neulich beschlossenen Reichsgesetzes zum Stellvertreter des Kanzlers zu ernennen. Das kann aber nicht vor Ablauf von vierzehn Tagen nach der Publication jenes Gesetzes geschehen. Die Frist läuft in dieser Woche ab, und so wird der Reichstag vielleicht schon am Ende derselben den neuen Reichskanzler begrüßen können, falls nicht die Ereignisse der auswärtigen Politik es wünschenswerth erscheinen lassen, in der Verlesung des Botschafterpostens am österreichischen Hofe im gegenwärtigen Augenblicke keinen Wechsel vorzunehmen. Wer eintretenden Falls den Grafen Stolberg in Wien ersetzen würde, darüber existiren nur sehr unsichere Vermuthungen. Die erste Anwartschaft hätte wohl Prinz Reuß, zumal wenn es sich bestättigen sollte, daß der Botschafterposten in Konstantinopel in Zukunft zu einer gewöhnlichen Gesandtschaft degradirt würde. — Die Denkschrift, aus welcher Fürst Bismarck am Mittwoch bei seinen Angriffen auf die Differential-Tarife einige Stellen vorlas, ist im Abgeordnetenhaus vertheilt worden. Es ist ein Actenstück von nicht ganz drei Seiten und führt den einfachen Titel: „Differentialtarife.“ Dann beginnt die Schrift gleich: „Die Einnahme für Holz ist im Jahre 1877 um ca. 8 Mill. Mark geringer als im Jahre 1876.“ Wer nicht aus der erwähnten Rede des Reichskanzlers weiß, daß hier von den Einnahmen der preussischen Staats-Försterverwaltung die Rede ist, der würde es aus

dem Inhalt der Denkschrift, die in nichts ihren Ursprung ankündigt, nicht erfahren. Es wird in derselben nur an fünf Beispielen dargestellt und ziffermäßig belegt, daß das aus Oesterreich-Ungarn kommende Holz vermöge der Differentialtarife auf den deutschen und namentlich auch preussischen Eisenbahnen zu erheblich billigeren Sätzen transportiert wird, als das einheimische Holz. Außerdem bewilligen manche Bahn-Verwaltungen für größere Transporte Oesterreich-ungarischen Holzes noch sogenannte Refactien, d. h. weitere Pauschal-Erlasse an den eigentlichen offiziellen Frachtbeträgen. So sagt z. B. die Denkschrift darüber, daß die Transportkosten von Neusohl in Ungarn bis München in Hannover für 20 Kubikmeter Holz nur 368 M. betragen, während sie nach dem internen Preise, der für einheimisches, aus der Umgegend von Halle kommendes Holz auf der Strecke Halle-München in Anwendung kommt, auf 467 Mark sich belaufen sollten. Die Denkschrift erwähnt aber vorsichtig Weise nicht, was allerdings Jeder sich leicht ausrechnen kann, daß 20 Kubikmeter von Halle bis München nur 87 M. und 67 Pf. kosten, also soweit es auf die Fracht ankommt, recht wohl mit dem ungarischen Holze, das mehr als viermal so viel bezahlen muß, concurriren können. — Die auf Anregung des preussischen Handelsministers von den einzelnen Bundesregierungen, von denen Staatsbahnverwaltungen ressortiren, und den deutschen Staatsbahnenverwaltungen niedergesetzte Tarif-commission, welche sich am 7. Februar constituirt hat, wird demnächst ihre Beratungen beginnen. Da Zweifel an dem Zusammenhange dieser Commission mit dem Reichs-Eisenbahnamt geäußert worden waren, hat der Geh. Reg.-Rath Kräfte als Vertreter des Reichskanzleramts vor einigen Tagen in einer Sitzung der Petitions-Commission des Reichstags Gelegenheit genommen, zu erklären, daß die Tarif-commission lediglich als ein Organ der Landesregierungen anzusehen sei und daß das Reichseisenbahnamt mit derselben in keinerlei Verbindung stehe. — Die Fractionen des Reichstages beriethesten gestern Abend über den Gesetzentwurf gegen die Verschärfung von Lebensmitteln. Obwohl die Bestimmungen der Vorlage vielfach gebilligt wurden, so sind doch diejenigen einer eingehenden Kritik unterzogen worden, welche zu ungewöhnlichen Beschränkungen des Gewerbebetriebs und der persönlichen Freiheit dadurch führen können, daß den Aufsichtsbehörden zu weit gehende Befugnisse beigelegt werden. In diesem Sinne werden jedenfalls Abänderungsanträge eingebracht werden. — Die offizielle Verabschiedung des früheren Oberbürgermeisters Hübner vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung wird in den nächsten Tagen stattfinden. Gleichzeitig wird beachtet, daß der in Aussicht genommene Antrag, dem Herrn Hübner das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen, beim Magistrat noch nicht eingebracht ist.

[Se. Majestät der Kaiser und König] hat dem Berliner Magistrat auf die überreichte Glückwunsch-Adresse nachstehende Antwort zugehen lassen:

„Es hat mir wie immer bei gleichem Anlaß, auch an meinem diesjährigen Geburtstag zur Befriedigung gereicht, durch die Glückwünsche des Magistrats meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin begrüßt zu werden. Ich danke dem Magistrat für dieselben um so mehr, als ich die Genugthuung gehabt habe, die in seiner Adresse enthaltene Versicherung von der freudigen Theilnahme, mit welcher die Berliner Bürgerschaft meiner am 22. März gedenkt, sich in vollem Maße erfüllen zu sehen. Nicht wenig hat diese Beobachtung dazu beigetragen, mir den Rückblick auf mein verflorenes Lebensjahr angenehm zu machen. Wenn auch der an Ereignissen und Bewegungen reiche Verlauf desselben nicht ohne ernst stimmende Wahrnehmungen geblieben ist, so habe ich doch andererseits in den zahlreichen Beweisen von Liebe und Verehrung, welche mir bei so manchem erhebenden Anlaß zu Theil geworden sind, in den glückseligen Verbindungen, welche sich in meiner Familie geschlossen haben, in dem Gelingen meines Bestrebens, dem Vaterlande in kritischer Zeit das Glück des Friedens zu erhalten, und in der fortschreitenden Kräftigung des Deutschen Reichs einen vollgemessenen Ausgleich für die Mühen meines kaiserlichen Berufs empfangen. Ich trete demnach vertrauensvoll in mein neues Lebensjahr ein und bin der Hoffnung, daß auch in Zukunft mein Streben für des Vaterlandes Gedeihen die segnende Gnade der göttlichen Vorsehung erfahren werde.“

Berlin, 27. März 1878. Wilhelm.

An den Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Frankreich.

○ Paris, 28. März. [Mittags. — Panik an der Börse. — Zur orientalischen Krise. — Aus den Kammern. — General Fleury. — Aus Decazelle. — Japanesische Gefandtschaft.] Die Pariser feiern heute Mittags, so gut es das schlechte Wetter gestattet. Es ist viel Leben auf den Straßen und jeden Augenblick begegnet man einem der großen vier-spännigen mit Fahnen und Bändern geschmückten Wagen, in welchen die Wärfherinnen der zahlreichen Savoirs ihre Königinnen umherführen. Die Besucher der Balloale dürfen sich für heute Abend starken Besuch versprechen. In den politischen Kreisen und an der Börse ist die Stimmung eine weit weniger heitere. Die Börse ist heute abermals einer wahren Panik anheimgefallen auf die Nachricht hin, daß am Vormittag der englische Minister Rath (schleunig zusammenberufen worden. Man schließt daraus auf neue Mittheilungen Rußlands und, was weniger einleuchtend ist, auf ungünstige. Ueberhaupt steht man heute wieder sehr schwarz, obgleich die Lage sich seit gestern nicht wesentlich geändert hat. Was die Blätter von einem vollständigen Erfolg von Sgatieffs Mission in Wien erzählen, ist offenbar zum Mindesten verfrüht, und der telegraphisch hierher gemeldete Artikel der Berliner „Post“, welcher darzuthun sucht, daß Rußland ebensoviel und mehr Gründe zum Nachgeben hat als England, wäre auch eher darnach angethan, die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen, als ihnen erhöhte Angst einzujößen. Aber man faßt nun einmal gegenwärtig die ungünstigen Symptome mit Vorliebe ins Auge. Dieser Umstand hat wenigstens das Gute, daß er auf dem Gebiete der inneren Politik die Geister versöhnlicher stimmt. Von den Senatoren läßt sich das allerdings weniger sagen als von der Kammer. Der Senat wird allem Anschein nach das Amnestiegesetz nicht in der von der Regierung gewünschten Form votiren, er wird die Amnestie nicht auf die während der Mai-Krise begangenen Vergehen einschränken, sondern sie auf die ganze Vergangenheit ausdehnen, wodurch das Gesetz seine ursprüngliche Bedeutung verliert. Dagegen zeigt die Kammer sich zu Compromissen geneigt und man beschloß heute vor der Sitzung linken Centrum, die vom Senat am Budget vorgenommenen Änderungen nicht unbedingt zurückzuweisen, wie die Budgetcommission beantragt, vielmehr den bekannten Art. 10, welcher von der Staatsubvention für die Priesterseminarien handelt, in der Fassung des Senats anzunehmen. Denn für diesen Artikel, sagt sich das linke Centrum, haben die Republikaner des Senats gestimmt; man würde denselben durch seine Verwerfung ein unbegründetes Mißtrauen bekunden. Diese Auffassung wurde von vielen Mitgliedern der eigentlichen Linken gebilligt und einmal im Zuge, beschloß man, auch die vom Senat ausgesetzene Summe für die Invaliden zu bewilligen. Was den Artikel 10 anlangt, so wurde seine Annahme durch den Unterrichtsminister Bardoux heute der Budgetcommission dringend

empfohlen. Die Beratung, sagte der Minister, werde entschieden darauf achten, daß der Einfluß der Jesuiten sich in den Priesterseminarien nicht zu stark fühlbar mache. Beim Beginn der heutigen Kammerung besaß der Bonapartist Cazeaux zur Abwechslung einmal das von dem Legationsminister de Ravelin so oft gerüttelte Stiefelchen. Er beschwerte sich darüber, daß der Verfassungartikel, welcher die Stadt Versailles zur Regierungshauptstadt macht, so rückwärtslos vor aller Welt verlegt werde. Der Marshall-Präsident wohnte in Paris und kommt nur ab und zu einmal nach Versailles; die Minister wohnen in Paris; die parlamentarischen Commissionen versammeln sich öfter in Paris als in Versailles und was dergleichen Klagen mehr sind. Natürlich wurde die Interpellation von Niemanden ernsthaft genommen. Die eingeleiteten Rurax gewöhnen sich allmählich an den Gedanken, daß bei der ersten Verfassungsänderung die gesetzgebenden Versammlungen definitiv nach Paris zurückkehren werden. — Der General Fleury wird bei den nächsten Wahlen seine Candidatur für die Deputirtenkammer in einem der Wahlbezirke von Calvados aufstellen. — Mit der mehrerwähnten Verhaftung der Socialisten in Paris hat es nicht viel auf sich. Die Verhafteten sind alle in Freiheit gesetzt. Der Strike in Decazelle ist immer auf dem alten Punkte. Ahermals hat sich eine Schilbwaide, die von mehreren Arbeitern angegriffen wurde, der Feuerwaffe bedienen müssen. Es wurde jedoch Niemand verwundet. — In Marfelle traf gestern auf dem Dampfer „Yang-Tse“ eine aus 58 Personen bestehende japanische Gefandtschaft ein. Ein Theil derselben bildet die Ausstellungs-Commission für Japan.

○ Paris, 29. März. [Aus dem Senat. — Sieg der Reaction bei Erledigung des Amnestiegesetzes. — Aus der Deputirtenkammer. — Derby's Rücktritt.] Die Constitutionellen des Senats haben noch einmal mit der reactionären Coalition gestimmt und das Amnestiegesetz der Regierung ist somit nicht angenommen worden. Das besondere Merkzeichen dieses Gesetzes bestand, wie man weiß, darin, daß die Amnestie sich auf die Vergehen einschränken sollte, welche zwischen dem 16. Mai und 14. ten December 1877 begangen worden. Mit anderen Worten, das Gesetz sollte die von de Broglie und de Fourtou begangenen Ungerechtigkeiten und Gewaltthatigkeiten wieder gut machen, soweit es möglich. Die Rechte des Senats aber wollte eine Bestimmung nicht annehmen, welche einen so scharfen Tadel für die Minister des 16. Mai enthielt und sie hat aus dem Gesetze die beiden erwähnten Daten gestrichen, so daß die Amnestie sich jetzt auf alle Vergehen und auf alle Vergehen gegen das Vereinigungsrecht, die bis zum 1. Januar 1878 begangen worden, erstreckt. Dieser Beschluß wurde mit 157 gegen 135 Stimmen gefaßt. Auf die politische Situation kann er schwerlich eine bedeutende Wirkung üben, er bedroht die Stellung der Regierung nicht; die Mehrheit des Senats hat ihrer reactionären Gesinnung damit einen ganz platonischen Ausdruck gegeben. Sie will nicht gelten lassen, daß die Politik des 16. Mai einen Tadel verdiene und das ist am Ende nur natürlich, da sie selber seinerzeit diese Politik unterstützte. Ihr Urtheil hat aber keine große Bedeutung, nachdem das Land bei allen Wahlen seit dem 14. October so unabweislich jene Politik verurtheilt hat. Die Sache ist bloß darum interessant, weil sich gezeigt hat, wie es mit der jüngsten Befehung der Constitutionellen beschaffen ist. Bei der gestrigen Discussion trat wieder eine Reihe von Rednern auf. Zuerst der fromme Belcafel, der wie gewöhnlich darüber jammert, daß die heiligsten Principien heute für nichts geachtet werden, daß der moralische Sinn sich abstumpft, daß die Ausweisungen der Presse die Gesellschaft mit den größten Gefahren bedrohen, daß die jetzige Regierung es darauf abgesehen habe, die gefährlichsten Gefühle ihrer Partei zu befriedigen, daß das vorliegende Gesetz darauf berechnet sei, die abscheulichsten Leidenschaften aufzuregen u. s. w. Der Senat, der letzte Hüter des conservativen Geistes dürfte also zu einem solchen Gesetz nimmer seine Zustimmung geben. Zum Schluß prophezeite Belcafel dem Justizminister Dufaure, daß er dereinst seine jetzige revolutionäre Thätigkeit bereuen werde. Dann verteidigte der Rechtsgelehrte Vertaud den Regierungsentwurf vom juristischen Standpunkt aus. Der Bonapartist Grandperret suchte zu zeigen, daß die von der Regierung gewollte Beschränkung sich mit dem Princip der Amnestie nicht vertrage. Der Republikaner Raboulay wies auf die Nothwendigkeit hin, der vom Mai-Ministerium arg gemißhandelten Presse eine Genugthuung zu geben. Sodann erschien der Justizminister Dufaure auf der Tribüne und seine Rede war das Hauptergebnis der Sitzung. Dufaure hat schon vor Kurzem im Senat seine Meinung über den 16. Mai gesagt. Er sagte sie diesmal noch schärfer und ging insbesondere mit dem Herzog de Broglie unbarmherzig um. Der 16. Mai war nur eine Wahlunternehmung. Diese Unternehmung ist kürzlich gescheitert, aber sie hat großen Schaden angerichtet. Sie hat den Lauf der Justiz gestört und die ehrliche und unparteiliche Anwendung der Gesetze verhindert. Es mußte dem Lande eine große und nicht mißzuverstehende Genugthuung gegeben werden. Und dazu ist dieses Amnestiegesetz bestimmt. Es ist keine Rede von Repressalien, besonders den Personen gegenüber. Die Regierung steht sich einer sehr belasteten Vergangenheit gegenüber, die zu liquidiren hat. Sie hat die Amnestie als das einfachste und für alle Welt vorteilhafteste Verfahren gewählt. Dufaure gehört befanntlich zu den glänzendsten Rednern der französischen Versammlungen, und er war gestern besonders bei Laune, seine Rede war denn auch ein Meisterwerk von kausischem Witz, und sie fand bei der Linken außerordentlichen Beifall. Nach einer kurzen Replik des Berichterstatters Batbie, der sich anscheinend ziemlich unbehaglich fühlte, erfolgte die Abstimmung über den ersten und Hauptartikel mit dem angegebenen Resultate. Die beiden anderen Artikel werden heute ohne Zweifel angenommen werden, aber es ist fraglich, ob nach jenem Votum nicht die Regierung das Gesetz zurücklegen, ob sie nicht darauf verzichten wird, dasselbe nochmals der Kammer zu unterbreiten, indem sie sich vorbehält, die Gesamt-Amnestie durch Einzel-Begnabigungen zu ersetzen. — Die Tages-Ordnung der Kammer war gestern sehr reichhaltig. Die Interpellation der Bonapartisten Cazeaux hatte nicht ganz den Sinn, den man ihr anfangs beimaß. Er wollte nicht die Kammercommissionen, den Marshall-Präsidenten, die Minister verhindern, in Paris zu bleiben, sondern er fragte im Gegentheil den Minister, ob nicht mit Rücksicht auf den Uf, der sich eingeführt hat, die Regierung der Meinung wäre, daß die Kammern selber besser daran thäten, nach Paris zurückzukehren. Die Mehrheit saß in dieser Anfrage eine Falle, denn die Verfassung verbietet bekanntlich die Rückkehr der Kammern nach Paris, sie unterstützte also den Interpellanten nicht und der Minister de Marcère selber begnügte sich mit der einfachen Antwort, er habe den Kammern nichts vorzuschreiben. Damit war die Interpellation erledigt. Die Wahl des Deputirten d'Egremont für Montmedy wurde für ungültig erklärt, diejenige de la Rochefoucauld's dagegen bestätigt. Dann kam die Budgetfrage wieder aufs Tapet, und wie es vermuthet worden, wurde der vom Senat votirte Zuschuß für die Invaliden bewilligt. Was den famosen Artikel 10 (betreffs der Priesterseminarien) angeht, so zog Gambetta die Mehrheit und das Ministerium aus der Verlegenheit, indem er vorschlug, auf den Artikel 10 im diesjährigen Budget zu verzichten. Der Minister Bardoux sprach in demselben Sinne, und

demgemäß wurde beschloffen. Die 3 anderen vom Senate eingeführten Amendements wurden aber verworfen. — Die Nachricht vom Rücktritte Lord Derby's und von den Erklärungen der Minister im Parlament hat an der gestrigen Abendbörse einen solchen Schrecken hervorgerufen, daß die Rente von 108,65 auf 107,10 wick. Sie befestigte sich zum Schluß wieder ein wenig auf 107,40.

Provincial-Beitung.

Breslau, 1. April. Angekommen: Durchl. Prinz Biron v. Curland, Oberst-Schenk Sr. Maj. und freier Standeshr. a. Schloß B. Marienberg. Durchl. Fürst Blücher v. Walsst, a. Schloß Kriblowitz. Der am 29. März Abends auf Bahnhof Sorgau Ueberfahrere heist Josef Hadouf aus Braunau in Böhmen. Die Annahme, daß der Entseelte den Tod gesucht, bestätigt sich.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.
In der Sitzung der historischen Section am 14. Februar hielt Herr Dr. Schroll einen Vortrag über schlesische Volksgebräuche und ihre Einwirkung auf die Sittlichkeit. Er stellte eine Anzahl von Gebräuchen bei der Rimes, Fasching und Hochzeit, sowie Weinachts- und Obergerbräuche dar und suchte weiter zu zeigen, wie vielfach Aberglauben und Unfittlichkeit mit diesen Volksitten verbunden war, so daß sich ein nachtheiliger Einfluß auf die allgemeine Sittlichkeit nicht verkennen läßt. Ein Theil dieser Gebräuche ist schon längst und zwar größtentheils durch Regierungs- und Polizeimaßregeln beseitigt, allein es ist zu bedauern, daß mit dem Nachtheiligen auch ein Theil guter, edler Volksitte vernichtet worden ist, die wohl geeignet war, ein gewisses Standesbewußtsein unter dem Landvolke zu erhalten.

In der Sitzung am 28. Februar hielt Herr Archibassistent Dr. Pfortenbauer einen Vortrag über „die ständischen Verhältnisse Schlesiens bis zum Ende des 15. Jahrhunderts.“ Redner charakterisirte zunächst die Stellung des Fürsten im altpolnischen Staatsleben und dessen Verhältnis zu den Baronen, den Inhabern der Hof- und Staatsämter und altadeligen Großgrundbesitzern des Landes, und suchte hierauf nachzuweisen, wie das von allem Anfang an dem schlesischen Adel zustehende Fundamentaltrecht der Steuerbewilligung der Reim des sich späterhin kräftig entwickelnden ständischen Lebens gewesen sei. Nachdem in Folge schwerwiegender Ereignisse, vornehmlich der Kollisions Schlesiens vom Mutterlande Polen und der seit dauernder Beseitigung der Mongoleninvasion mächtig um sich greifenden Germanisirung, mannigfache im Verlaufe des Vortrags ausführlicher geschilderte Reformen und Neubildungen allenthalben im Lande sich vollzogen, sind dann, zuerst gegen Ende des 13. Jahrhunderts, die Städte, das heißt erbliche deutsche Breslau an der Spitze, als neuer ständischer Factor hinzuge treten. Bereits von Mitte des 14. Jahrhunderts an lassen sich weitere Spuren festerer Vereinigungen der einzelnen Stände, der Fürsten, des Adels und der Städte, unter sich, als auch verschiedener Stände mit einander nachweisen; das erste wichtigere, die Institution der nachmaligen Fürstentage vorbereitende Bündnis ist der im Jahre 1402 anlässlich der Deposition König Wenzels von schlesischen Fürsten und Städten geschlossene Landfrieden gewesen. Nach die für unsere Provinz an Noth und Drangsalen so reiche Zeit der Hussitenkämpfe das bislang noch ziemlich lockere Band ständischen Zusammenhaltens und Handelns mehr und mehr erschlaffen, so führten die von den später Schlesiens beherrschenden Königen ertheilten weitgehenden Privilegien, ferner die Einschneidung eines Ober-Landes-Hauptmannes durch König Matthias Corvinus, und vor Allen endlich das große Landesprivilegium Königs Vladislaus vom Jahre 1498, die Magna charta Schlesiens, die langanhaltende Wäthe- und Nachzeit der Landesstände herbei.

A. Neurobe, 30. März. [Verschiedenes.] Unsere Privatschule, deren Schülerinnenzahl sich im letzten Jahre ganz erheblich gemehrt hatte, steht wiederum vor einer Krise. Die bisherige Leiterin der Anstalt, Fräulein Wendt, die seit Anfang August vorigen Jahres hier selbst als Lehrerin thätig war und höchst geachtet hat, verläßt in der nächsten Zeit ihre Stellung, um in Grünberg die höhere Töchterschule des Fräul. Fritzsche selbstständig zu übernehmen. Der ihre Nachfolgerin sein wird, ist uns noch nicht bekannt geworden, wir hören jedoch, daß bereits Unterhandlungen mit einer Berliner Dame gepflogen wurden. Es wäre im Interesse der Schülerinnen sehr zu wünschen, daß bald eine geeignete Kraft gewonnen würde, damit der Unterricht nicht wieder, wie im vorigen Jahre, eine so lange Unterbrechung erleide. — Am Mittwoch Vormittag wurde wieder einmal ein Trupp Zigeuner durch unsere Stadt transportirt, um über die nahe Grenze gebracht zu werden. — Es scheint wieder, als wolle es Frühling werden; das jetzt allfällige Schneegestöber hat seit vorgestern aufgehört und die Temperatur ist milder geworden! Auf wie lange? — In der letzten Sitzung unseres Gewerbevereins fand zunächst die Beratung über die Einrichtung und Unterbringung der dem Verein von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung geschenkten Bibliothek statt; es wurde Herr Actuar Schult zum Bibliothekar erwählt, der die Wahl annahm. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über die am 29. Juni d. J. beginnende Gewerbe-Ausstellung in Glad und die in der Zeit vom 6. Juli bis 20. August in Breslau stattfindende Kunst-Ausstellung. Für die erstere hat sich unter den Gewerbetreibenden unseres Kreises ein reges Interesse gezeigt, so daß eine recht erfreuliche Besichtigung der Ausstellung von hier aus zu erwarten steht. Demnächst hielt Herr Bergmeister Kahlen den angekündigten Vortrag „über die neue Gerichtsverfassung“, der mit vielem Beifall aufgenommen wurde und dessen Fortsetzung für die nächste Versammlung in Aussicht steht. Gestern Abend hielt Herr Dr. med. Kapsler zum Besten der Suppenanstalt seinen höchst interessanten Vortrag über: „Was lesen wir in den Gesichtszügen des Menschen?“ — durch Abbildungen erläutert. Durch denselben wird der Cyclus von sechs Vorlesungen, die seit Januar in Zwischenräumen von 14 Tagen zum Besten der Suppenanstalt gehalten wurden, beendet und bleibt nur zu wünschen, daß auch die Einnahmen, dem guten Zwecke entsprechend, recht gute gewesen seien.

○ Greunburg, 30. März. [Graf Bethus, Ehrenbürger.] Magistrat und Stadtverordnete haben dem Grafen Bethus-Huc auf Vankau in Anerkennung seiner dem Gemeinwohl hiesiger Stadt gewidmeten Thätigkeit und namentlich seiner Bemühungen um das Jubiläum des hiesigen Gymnasiums das Ehrenbürgerrecht verliehen. Gemäß Beschlusses vom 20. d. wird sich eine Deputation, bestehend aus den Herren Bürgermeister Müller, Stadtverordneten-Vorsteher Welzel und den Rathsherren resp. Stadtverordneten Müller, Myslawiec und F. Prager, am 31. d. nach Berlin begeben, um dem dortselbst als Reichs- und Landtagsabgeordneten weilenden genannten Herrn den Ehrenbürgerbrief zu überreichen. Schrift und Zeichnung desselben hat das artistische Institut von M. Spiegel in Breslau geliefert, und enthält das Blatt außer der Widmung und dem Facsimile sämtlicher Unterschriften am oberen Rande eine Ansicht des Gymnasialgebäudes, an den Seitenrändern einander gegenübergestellt die Ansichten des Schlosses von Vankau und des hiesigen Rathhauses, sowie das Wappen der Grafen Bethus und das Stadtwappen. Die Mappe von blauem Sammet mit silbernen Ebenbeschlägen und dem in Silber ausgeführten gräflichen Wappen ist aus dem Atelier des Juweliers Somme zu Breslau hervorgegangen.

○ Beuthen O., 30. März. [Zur Tageschronik.] Auf dem ersten diesjährigen, am 27. d. M. hier abgehaltenen Kreistage wurde der Kreisverwaltung für die Rechnung der Zeit vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 Entlastung ertheilt und der bergelegte, von der Finanz-Commission bereits durchberathene Kreisetat für das Jahr vom 1. April 1878 bis 31. März 1879 genehmigt. Für letzteren Zeitraum bilancirt die Kreisrechnung in Einnahme und Ausgabe mit 88,300 M. — Die Tagesordnung enthielt ferner Commissionenwahlen und Mittheilungen über die Provinzial- und Kreis-Chauffeen. Wegen Uebernahme der Provinzial-Chauffeen in die Kreisverwaltung hat sich ein Einverständnis der gegenseitigen Factoren nicht herbeiführen lassen, und sind demnach die Verhandlungen resultatlos verlaufen. Von den Kreis-Chauffeen liegen die neueren Projecte, speciell der Linie Beuthen-Lagiewitz, den höheren Instanzen zur landespolizeilichen Prüfung vor. Die Kosten der fertig gestellten Chauffee von der Rattowitzer Kreisgrenze nach Ober-Heybold betragen rund 45,000 M., und sind hierzu Seitens der Provinz 7500 M. Zuschuß gewährt. Eine andere, von der Provinz in Höhe von 5000 M. bewilligte Entschädigung betrifft die dem Kreise zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie erwachsenen Kosten. — Bekanntlich hatte sich auch der Kreistag in Sachen des Beuthener Landgerichts-Bereichs und wegen Belastung des Kreises Jagze in demselben an das Abgeordnetenhaus gewandt, welche Petition durch die inzwischen erfolgte definitive Zuteilung des genannten Kreises an das Landgericht Gleiwitz nun einen ablehnenden Bescheid gefunden hat. Die Einwohner des Kreises Jagze werden übrigens mit dem zukünftigen gerichtlichen Verkehre nach Gleiwitz dadurch befondere Nachteile zu erwarten haben, daß die Kreisstadt nicht einmal Sitz eines

Amisgerichte werden soll, wie auch dem vorzugsweise behördeten Theile des Kreises, dessen Schwerpunkt nach wie vor zum Deutschen Reich hinneigt, der getheilte Verkehr nach Deutchen und Gleiches wenig zuzusetzen dürfte. — In den letzten Tagen hat man mit dem englischen Abbruch der Trinitatiskirche begonnen und ist das hohe, defecte Schindeldach bereits abgerissen. Wie ersichtlich, wird da. nach Beseitigung der Kirche und Planirung des alten Friedhofes, ein schöner großer Platz frei werden, der, für ein Williges der Stadt überlassen, zum Aufbau des neuen Rathhauses nicht ungeeignet erscheint.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 31. März. Nach amtlichem Telegramm aus Corinto via Panama hat die Regierung von Nicaragua nach dem Erscheinen des deutschen Gesandten die deutschen Bedingungen angenommen. Die Differenz ist beigelegt. Details fehlen noch.

Berlin, 30. März. Die „Correspondenz Havas“ enthält angeblich aus Wien die Mittheilung, Englands Entschlüsse seien durch einen Brief des Deutschen Kaisers an die Königin Victoria beeinflusst worden. Diese Nachricht ist tendenciosus erfunden. Der Kaiser hat kein Wort an die Königin geschrieben.

Wien, 30. März. Der „Polit. Corresp.“ wird aus Athen vom 30. gemeldet: Die Consuln in Volo protestirten gegen die türkischen Massacres in Thessalien. Als neue Massacres im Dorfe Kania gemeldet wurden, verlangte Gobart Pascha, sich durch Augenschein davon zu überzeugen. Man hält dieses Verlangen für einen Vorwand, um die Stellungen der Insurgenten kennen zu lernen. 1500 Albanesen griffen das Dorf Kania an, welches von den Bewohnern hartnäckig vertheidigt wurde.

Wien, 30. März. General Ignatieff wurde heute Abend zur Hofafel geladen, an welcher auch Graf Andrassy, der russische Votschafter v. Nowikoff und der Kriegsminister Thell nahmen. — Der rumänische Minister-Präsident Bratiano ist heute Abend hier angekommen.

Wien, 31. März. In Bezug auf die Mission des General Ignatieff erzählt die „Montagsrevue“, daß Graf Andrassy dem General Ignatieff gegenüber den Friedensvertrag von San Stefano als mit den österreichischen und den europäischen Interessen collidirend abgelehnt und zugleich die österreichischen Forderungen präcisiert habe. Da General Ignatieff ohne Vollmachten von seiner Regierung gewesen sei, so habe er die Erklärungen des Grafen Andrassy nur ad referendum nehmen können. Das Resultat der Mission sei ein solches, daß man in diplomatischen Kreisen glaube, General Ignatieff werde seine Regierung empfehlen, den Zusammentritt des Congresses thunlichst zu fördern.

Wien, 31. März. General Ignatieff ist heute Vormittag 11 Uhr nach Petersburg zurückgereist.

Pest, 30. März. Das Abgeordnetenhaus nahm den von der Regierung unterstützten Antrag auf Zuweisung der Achtzig-Millionen-Angelegenheit an die Deputations-Deputation mit 155 gegen 142 Stimmen an. — Anlässlich der Petition des Zipser Comitats, wegen Vertheidigung der bedrohten Interessen der Monarchie selbst mit Waffengewalt, entspinnt sich eine Debatte, in welcher diejenigen Redner, welche betonen, die Regierung müsse sich jetzt mit England ins Einvernehmen setzen, lebhaften Beifall erhalten. Szilagyi sagte: Das Land könne nimmermehr eine Politik gutheißen, welche der Regierung des mächtigsten und verlässlichsten Allirten berauben würde. Der Ministerpräsident erwiderte, das Haus werde es erklärlich finden, wenn die Regierung keine Erklärung abgebe.

Versailles, 30. März. Der Senat nahm eine Reihe von Gesetzesentwürfen an, u. A. auch den Gesetzentwurf, betreffend den Credit von 5 Millionen für die Territorialarmee. — Die Bureaux der Deputirtenkammer haben den Antrag Spuller's, betreffend das Tögen der Kammern während der Ausstellung in Paris, abgelehnt.

Paris, 30. März. Der „Agence Havas“ wird aus Athen gerüchweise gemeldet, England habe die Genehmigung nachgesucht, auf griechischem Gebiete ein Truppenlager zu errichten.

London, 30. März. Abends. Die diplomatische Correspondenz bezüglich des Congresses ist nunmehr dem Parlamente vorgelegt worden. In einer Depesche Lord Derby's an Sir Elliot vom 13. März wird gesagt, die englische Regierung wünsche zu erklären, sie erwarte, daß bevor sie in den Congress eintrete, alle Artikel des Friedensvertrages mitgetheilt sein würden. Die Vorlage dieser Artikel an den Congress sei nicht nothwendig behufs deren Annahme, sondern damit man erwägen könne, welche Artikel der Genehmigung oder der Mitwirkung der Mächte bedürfen und welche Artikel dieselbe nicht nöthig hätten. — Am 14. März berichtet Lord Derby dem Sir Elliot über eine Mittheilung des Grafen Beust, welchem Graf Andrassy telegraphisch angezeigt hatte, daß Oesterreich daran festhalte, daß alle die europäischen Interessen betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages vom Congress discutirt werden müßten und daß Europa über dieselben zu entscheiden habe. Da aber Fürst Gortschakoff Oesterreich gegenüber erklärt habe, daß der Congress entscheiden solle, welche Artikel der Friedenspräliminarien die europäischen Interessen betreffen und daß alle Punkte von europäischem Interesse den Berathungen des Congresses unterworfen sein und nicht als gültig angesehen werden sollten, bevor sie nicht die Zustimmung aller Mächte erhalten hätten, so schnele es Oesterreich, daß der Gegenstand der englischen Declaration im Wesentlichen erreicht sei. Graf Andrassy sei daher unter diesen Umständen der Ansicht, daß es weder im Interesse Englands noch in dem Oesterreichs liege, Schwierigkeiten in Betreff dieser Frage zu erheben. — Am 15. März theilt Lord Derby dem Lord Russell mit, Graf Münster habe ihm eine Depesche des Fürsten Bismarck übergeben, in welcher der Vortheil auseinandergesetzt wird, den eine Präliminar-Conferenz von außerordentlichen Bevollmächtigten oder von den zur Zeit in Berlin accreditirten Vertretern der Mächte zur Regelung gewisser Vorfragen haben würde. Er, Lord Derby, habe dem Grafen Münster geantwortet, daß er sich keinen Nutzen von einer Präliminar-Conferenz verspreche. — Am 14. März theilte Graf Schuwaloff eine Depesche des Fürsten Gortschakoff mit, in welcher gesagt wird, der vollständige Text des Friedensvertrages werde den Mächten mitgetheilt werden, sobald die Ratificationen ausgetauscht seien. Gleichzeitig werde derselbe veröffentlicht werden. Die russische Regierung habe nichts zu verheimlichen. In einer Depesche Lord Derby's an Graf Schuwaloff vom 16. März wird daran erinnert, daß die englische Regierung noch nicht darüber unterrichtet sei, ob die Bedingungen von Rußland angenommen worden seien, welche England für seine Theilnahme am Congress in der Depesche Lord Derby's an Sir Elliot vom 13. März gestellt habe. Graf Schuwaloff antwortete am 19. März und theilte eine Depesche des Fürsten Gortschakoff mit, in welcher ausgesetzt wird, daß, da keine geheime Abmachung zwischen Rußland und der Türkei existire, der Friedensvertrag allein in voller Ausdehnung vor dem Zusammentritt des Congresses der englischen Regierung mitgetheilt werden würde. England wie die anderen Mächte behalte auf dem Congress volle Freiheit der Bestimmung und der Action. Diese Freiheit, welche Rußland den anderen Mächten nicht bestreite, verlange es für sich selbst. Es hiesse diese

Freiheit beschränken, wenn Rußland „unter den Mächten eine vorgängige Verpflichtung eingehen sollte.“ — Lord Derby antwortet in einer Depesche an den Graf Schuwaloff vom 21. März, die englische Regierung könne nicht die Position aufgeben, welche in der Depesche Lord Derby's vom 13. März schon klar angegeben sei, sie könne nicht die Anschauungen des Fürsten Gortschakoff acceptiren, daß die Freiheit der „Appreciation und der Action“ Rußlands durch eine solche vorgängige Erklärung beschränkt werden würde. Die englische Regierung richte nunmehr die Frage an das russische Cabinet, ob es acceptire, daß die Mittheilung des Textes des ganzen Friedensvertrages an die Mächte angesehen würde als eine Mittheilung des Friedensvertrages an den Congress, damit der ganze Vertrag vom Congress in seinen Beziehungen zu den bestehenden Verträgen geprüft und erwogen werden könne. In einer Depesche Sir Elliot's an Lord Derby vom 23. März wird berichtet, Fürst Gortschakoff habe dem rumänischen Agenten in St. Petersburg erklärt, Rußland würde nicht gestatten, daß der Artikel des Friedensvertrages, betreffend die Cession Bessarabiens, von Congressen discutirt würde. Eine Depesche Graf Schuwaloff's an Lord Derby vom 26. März theilt die Antwort des Fürsten Gortschakoff auf die Depesche Lord Derby's vom 21. März mit. Fürst Gortschakoff erklärt darin, die russische Regierung glaube sich an die Erklärung halten zu müssen, welche Graf Schuwaloff am 19. März abgegeben habe. Da indeß den Worten „Freiheit der Appreciation und Action“, welche Rußland sich auf dem Congress vorbehalten zu müssen glaube, verschiedene Deutungen gegeben worden seien, so präcise die kaiserliche Regierung diese Worte folgendermaßen: Die kaiserliche Regierung lasse den anderen Mächten die Freiheit auf dem Congress solche Fragen aufzuwerfen, welche sie zur Discussion für geeignet hielt, sie behalte sich aber selbst die Freiheit vor, diese Discussion anzunehmen oder abzulehnen.

London, 31. März. Das „Reuter'sche Bureau“ läßt sich aus Montreal (Canada) vom heutigen Tage melden: Wie es heißt, soll die Garnison von Montreal nebst der daselbst befindlichen Artillerie nach Halifax gehen, um die dort stehende königliche Artillerie, welche nach England beordert ist, abzulösen.

London, 31. März. Nach dem Bericht des Schatzamtes über die Finanzverwaltung in dem am 31. März 1878 abschließenden Finanzjahre weist der Totalbetrag der Staatseinnahmen 79,763,299 Pfd. Sterl. auf, während im Vorjahr. sämtliche Einnahmen 78,565,036 Pfd. Sterl. betrugen. Die Einnahmen aus den Zöllen ergaben eine Zunahme von 207,000 Pfd. Sterl.

London, 31. März. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Melbourne vom 29. d. gemeldet wird, ist die politische Krise in Victoria nunmehr durch eine zwischen den beiden gesetzgebenden Kammern zu Stande gekommene Transaction beendet worden.

Cristiania, 29. März. Die von dem Storting beschlossene Staatsanleihe von 31 Mill. Kronen ist heute mit dem Bankhause Hambro u. Son in London abgeschlossen worden. Der Emissionscours beträgt 95, der Zinsfuß 4 1/2 pCt.

Petersburg, 31. März. Das „Journal de St. Petersburg“ kommt nochmals auf den Rücktritt Derby's zurück, zählt alle Hindernisse auf, die durch die englische Regierung vom Jahre 1875 an aufgeworfen worden seien und bemerkt schließend: Nachdem Rußland Alles gethan habe, um den Frieden aufrecht zu erhalten, nachdem es auf dem diplomatischen, wie auf dem militärischen Gebiete die äußerste Rücksicht bekundet habe, werde es fortan nur seine eigenen Interessen und seine Ehre consultiren, wenn es Anderen gefalle, dieselben zu bedrohen.

Petersburg, 31. März. In hiesigen gut unterrichteten Kreisen ist der „Agence Russe“ zufolge die Ansicht vorherrschend, daß der Rücktritt Derby's nicht nothwendigerweise eine Verschärfung der vorhandenen Complicationen zur Folge haben werde. — Die meisten Journale heben übereinstimmend hervor, daß jeder Concession Rußlands immer nur eine Vermehrung der Präventionen und militärischen Maßregeln Englands folgen würde. — Die Rückkehr Ignatieff's wird in den nächsten Tagen erwartet.

Bukarest, 31. März. Der Chef der russischen Communicationen in Rumänien hat angezeigt, daß alle Schiffsfahrthindernisse und Torpedos oberhalb Brailas weggeräumt seien. Nicht von Gefahren frei sei die Strecke Ischernawoda-Rassowa, auch da würden indeß die Dampfer demnächst vollständig beseitigt sein. An der oberen Donau sei Sorabia der einzige Punkt, wo noch Arbeiten ausgeführt werden müßten, aber auch dort sei wenigstens ein Canal vollständig frei.

Athen, 30. März. Die Türken, welche die Insurgenten bei Volo angriffen, sind zurückgeschlagen worden.

Alexandria, 31. März. Das Decret, betreffend die Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der finanziellen Hilfsquellen Egyptens ist heute veröffentlicht worden. Durch dasselbe werden Lessep's zum Präsidenten und Rivers-Wilson und Riaz Pascha zu Vicepräsidenten der Commission ernannt. Die Untersuchung soll alle Elemente der finanziellen Lage Egyptens umfassen unter gehöriger Berücksichtigung der legitimen Rechte der ägyptischen Regierung. Für die durch die Untersuchung verursachten Kosten soll das diesjährige Budget belastet werden. Die Commission hat dem Kheibie ein Arrangement zur Sanction vorzuschlagen, durch welches die Kosten des regulären Staatsdienstes gesichert und für eine billige Befriedigung der Interessen des Landes und der Gläubiger desselben gesorgt wird.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 31. März. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Wien: General Ignatieff ist über seine ersten Anerbietungen bereits weit hinausgegangen und hat sich bereits Oesterreichs Forderungen beträchtlich genähert. Eine völlige Erfüllung Englands hat es bis jetzt jedoch noch nicht erreicht. General Ignatieff wird wahrscheinlich mit der Erklärung, daß seine Vollmachten erschöpft seien, nach Petersburg zurückreisen. In diesem Falle wird Gortschakoff die Verhandlungen weiter führen und wie man hier nicht bezweifelt, sämtlichen Forderungen Oesterreichs zustimmen. — Die Occupationsbede ist aus verschiedenen, hauptsächlich finanziellen Gründen definitiv aufgegeben worden.

Handel, Industrie etc.

Wien, 30. März. Die Generalversammlung der Creditanstalt genehmigte den Rechenschaftsbericht, constatirte, daß der Antheil der Creditanstalt am Synbical der ungarischen Goldrente in Folge der Theilnahme an den Resultaten der öffentlichen Subscription bis 4,800,000 Fl. herabgemindert wurde. In Folge dieser theilweisen Begebung und durch die aus dem commissionsweisen Verkauf für die ungarische Regierung erzielten Provision, welche nicht im Jahresgewinn einbezogen wurde, stellt sich der Kostenpreis des Besitzes unter den Cours vom 31. December. Die bestehende Specialreserve von 1,986,444 Fl. soll ausschließlich für die oberschlesische Kohlen-gesellschaft und die Solbringer Werke bestimmt werden, und sollen außerdem 985,842 Fl. aus dem Jahresertragnis in diese Specialreserve gegeben werden; sonach betragen die Gesamterreserven incl. der allgemeinen Reserve 2,334,675 Fl. Die Generalversammlung genehmigte die Rechnungsablässe und erhob die erwähnten Anträge betreffs der Reserve, sowie die Anträge

betreffs der Vertheilung des Reingewinnes zum Beschlusse. Der Coupon wird mit 13 Gulden am 1. April eingelöst. — Die Elisabethbahn schreibt die Generalversammlung auf den 2. Mai aus. Auf der Tagesordnung stehen die üblichen Verhandlungsgegenstände.

Elberfeld, 30. März. [In der gestern stattgehabten General-Versammlung der vaterländischen Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaft] wurde beschlossen, eine Dividende von 40 Mark pr. Actie zu vertheilen.

Wien, 30. März. [Wochenausweis der gesamten Lombardischen Eisenbahn] vom 19. bis zum 25. März 1,209,217 Fl. gegen 1,227,427 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mindereinnahme 18,209 Fl.

Berders, 31. März. Die englische Post vom 29. und 30. d. früh und Abends (planmäßig in Berders um 8 Uhr 21 Min. Abend und 8 Uhr 49 Min. Vormittags) ist ausgeblieben. Grund: Sturm und Schneegestöber im Canal.

— ch. [Actien-Gesellschaft Glückauf in Langenöls.] Der Verwaltungsbericht für das 6. Geschäftsjahr 1877 beginnt mit der Mittheilung, daß in Folge des noch stärkeren Rückganges der Preise und weiterer Einschränkung in der Production der Abfall noch ungünstiger als 1876 ist, obwohl der Betrieb in technischer Beziehung ein günstiger war. Bei der Feinrührgrube war ein Kohlenbestand von 85,000 Hectoliter, gefördert wurden 727,945 Hectoliter, verkauft 416,090 Hectoliter, zur Preßstein-Fabrikation vermandt 210,518 Hect., der Selbstverbrauch und Halbenverlust betrug 102,030 Hect., so daß 84,337 Hect. Bestand blieben. Von 17,801,500 Stück Preßsteinen wurden 16,296,500 Stück verkauft, 1,505,000 Stück blieben Bestand. Der Gelderlös für verkaufte Kohlen und Preßsteine belief sich auf 252,359 M. Aus der Theerschwelerei ist der größte Theil der Maschinen und Apparate verkauft, ebenso sämtliche Utensilien. Da der Werth der noch vorhandenen Apparate dem Buchwerthe entspricht, so sind darauf keine Abschreibungen mehr zu machen. — Bei Vereinsglück auf Geibsdorf und Lichtenau sind incl. des Bestandes von 51,250 Hect. 254,768 H. ct. gefördert, davon sind 162,794 Hect. verkauft, 68,226 Hect. für Selbstverbrauch v. vermandt, also 231,020 Hect. Bestand geblieben. Die Einnahme betrug 38,191 Mark. Im April wurde der Betrieb im alten Geibsdorfer Schachte eingestellt, inzwischen waren die Vorrichtungsbearbeiten auf der Lichtenauer Anlage soweit vorgeschritten, daß das Förderquantum ohne Anstrengung geliefert werden konnte. — Auf der Uranigrube bei Bertelsdorf betrug die Förderung incl. eines Bestandes von 27,093 Hect., 69,087 Hect., wovon 29,528 Hect. für 11,045 M. verkauft, 29,519 Hect. an die Ziegelei geliefert und 10,004 zum Selbstverbrauch v. vermandt wurden, so daß gar kein Bestand verblieb. Von 812,603 in der Ziegelei angefertigten Ziegeln wurden 562,589 Stück für 124,233 M. verkauft, 9050 selbst verbraucht. Im Monat August wurde der Betrieb dieser Grube eingestellt, da die durch den Wiefenschacht borgegriffene Kohlenmulde abgebaut war und zur Herstellung einer neuen Anlage bessere Verhältnisse abgewartet werden sollten. Der Bruttoertrag betrug 99,678 Mark und nach Abzug der Zinsen in Höhe von 19,286 Mark, von 13,552 M. General-Ankosten, 3644 M. Knappschotts-Beiträge, 5013 Mark Steuern und Abgaben, 7305 Mark Grund-Entschädigungen, 1587 Mark Feuerversicherungsprämie und 35,631 Mark Abschreibungen bleibt ein Nettogewinn von 13,659 Mark. Davon kommen 2200 M. in den Amortisations- und Reservefonds und 10,800 Mark sollen als procentige Dividende zur Vertheilung gelangen. Um zu zeigen, welche ungünstigen Wirkungen das Darniederliegen der Industrie und das Herabsinken der Kohlenpreise in Folge der Concurrenz auf den Absatz und den Preis der Kohlen und Preßsteine von Glückauf gehabt hat, giebt der Bericht eine Uebersicht der Production, der verkauften Quantitäten und des Gelderlöses aus dem Verkauf in den letzten vier Jahren. Die Kohlen-Production ist von 1,794,000 auf 973,000 Hectol., der Kohlenverkauf von 1,119,000 auf 638,000 Hect. zurückgegangen, bei den Briquettes die Production von 20,545,000 auf 15,306,000, der Verkauf von 19,578,000 auf 16,296,000 Stück. Nur bei den Zohnziegeln ist die Production von 520,000 auf 560,000 St. gestiegen, der Verkauf aber auch von 567,000 auf 562,000 zurückgegangen. Der Gesamterlös aus dem Productenverkauf ist von 612,733 M. auf 314,017 M. zurückgegangen. Der Preisrückgang bei Kohlen beträgt seit 1874 durchschnittlich 10 Pf. für den Hectoliter, bei den Preßsteinen 1,50 M. auf das Laufend. Eine weitere erhebliche Preisherabsetzung hält der Aufsichtsrath für unwirtschaftlich, sie könnte nur erfolgen, wenn die Löhne weiter herabgesetzt werden oder wenn auf Ueberschüsse verzichtet würde.

G. F. Magdeburg, 29. März. [Marktbereit.] Schöne, warme Frühlingstage wollen noch immer nicht kommen, das Wetter war vielmehr auch in dieser Woche raub und kalt und in vorletzter Nacht froh es so stark, daß das Quecksilber 3 bis 4 Grad unter Null sank. Der erhoffte bessere Gang im Getreidehandel hat sich nicht eingestellt, es fehlt noch immer jeder entschiedene Abzug und die Nachfrage beschränkt sich auf kleine Posten für den jeweiligen dringenden Verbrauch; sonderliche Preischwankungen können daher auch nicht ausfallen. Die Preise ziehen sich eben langsam und fast unbeweglich hin, wie es bei flauen Geschäften zu sein pflegt. Wir notiren heute: Weizen, gute hiesige Landwaare, 210—213 M. Randweizen 190—200 M., geringe fehlerhafte Sorten abwärts bis 180 M. für 1000 Kg. — Roggen, guter inländischer 150—154 M., geringe feuchte Sorten abwärts bis 140 M. für 1000 Kg. — Russischer nicht am Markt. — Gerste, Chevalier 200—210 Mark, gute Mittelsorten Landgerste 175—185 M., Futtergerste 140—160 M. für 1000 Kg. — Hafer, geringe Sorten, meist nicht ohne Geruch, 125—135 Mark, gute böhmische und hiesige Waare 148—155 M. für 1000 Kg. — Mais bei ansehnlicher Zufuhr stark offerirt, amerikanischer zu 140—144 M., Donaumais 145—150 M. für 100 Kg. — Delsaaten stark gehandelt. Rapss nicht vorrätig. Rüben 290—325 M. nach Beschaffenheit. Leinsaat 245—280 M. Dotter 240—270 M. Mohr 380—400 M. für 1000 Kg. — Rüböl 69—70 M. Rüböl 115—120 M. Leinöl 59—62 M. Rapstuch 15—16 M. für 100 Kg. — Gedarrte Schorlenwurzel 17 M. für 100 Kg. — Gedarrte Kunkelraben 13,50—14 M. für 100 Kg. — Spiritusgeschäft unbelebt. Kartoffelspiritus in Landfabren, also loco ohne Faß 53—53,50 bis 53—52,80 M. für 10,000 Liter pCt. bezahlt, größere Posten ab Bahn 1/2 M. höher. Rübenspiritus pr. März durch etwas vermehrtes Angebot im Preise gedrückt, so daß selbiger nach und nach von 52 auf 51 M. zurückging, pr. April-September in jedem Monat gleiches Quantum 52,50—52 Mark gefordert, doch mangelt auf Termine jede Kauflust. Rübenmelasse 8,50—8,80 M. für 100 Kg.

Breslau, 1. April, 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide etwas reger, bei stärkerem Angebot Preise unversändert.

Weizen, zu notirten Preisen behauptet, pr. 100 Kilogr. schlechterer weißer 18,10 bis 19,60—21,00 Mark, gelber 17,90—18,80 bis 20,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur seine Qualitäten veräußert, pr. 100 Kilogr. 12,60 bis 13,70—14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weißer 15,40—16,40 Mark.

Hafer mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,80—12,80 Mark.

Erbfen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,40—10,60—11,50 Mark, blaue 9,10—10,10—10,50 Mark.

Weiden nur billiger veräußert, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,40—12,20 Mark.

Delsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	25	22
Wintertraps	31	25	28 50
Wintertraps	30	29	27
Sommerrüben	28	25	26 50
Leindotter	24	50	23 50

Rapstuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leintuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Leesaamen schwach zugeführt, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 32 bis 42—47—52 Mark, — weißer preishaltend, pr. 50 Kilogr. 40—48—57 bis 65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 17—19,50—21 1/2 Mark.

Nebl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 20—21 Mark.

Roggen fein 21,25—22,25 Mark, — — — — — 23,25—24,25 Mark, — — — — — 25,25—26,25 Mark, — — — — — 27,25—28,25 Mark, — — — — — 29,25—30,25 Mark, — — — — — 31,25—32,25 Mark, — — — — — 33,25—34,25 Mark, — — — — — 35,25—36,25 Mark, — — — — — 37,25—38,25 Mark, — — — — — 39,25—40,25 Mark, — — — — — 41,25—42,25 Mark, — — — — — 43,25—44,25 Mark, — — — — — 45,25—46,25 Mark, — — — — — 47,25—48,25 Mark, — — — — — 49,25—50,25 Mark, — — — — — 51,25—52,25 Mark, — — — — — 53,25—54,25 Mark, — — — — — 55,25—56,25 Mark, — — — — — 57,25—58,25 Mark, — — — — — 59,25—60,25 Mark, — — — — — 61,25—62,25 Mark, — — — — — 63,25—64,25 Mark, — — — — — 65,25—66,25 Mark, — — — — — 67,25—68,25 Mark, — — — — — 69,25—70,25 Mark, — — — — — 71,25—72,25 Mark, — — — — — 73,25—74,25 Mark, — — — — — 75,25—76,25 Mark, — — — — — 77,25—78,25 Mark, — — — — — 79,25—80,25 Mark, — — — — — 81,25—82,25 Mark, — — — — — 83,25—84,25 Mark, — — — — — 85,25—86,25 Mark, — — — — — 87,25—88,25 Mark, — — — — — 89,25—90,25 Mark, — — — — — 91,25—92,25 Mark, — — — — — 93,25—94,25 Mark, — — — — — 95,25—96,25 Mark, — — — — — 97,25—98,25 Mark, — — — — — 99,25—100,25 Mark.

Seu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kg.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock a 600 Kilogr.

Is- and Gold-Course.

10, 70, neuveute annee de 1872
 —, Neue Egyptier 145, —, Van
 Egyptiens —, —, dierr. Goldre
 12, 68, neuveute Russen de 1877
 Berlin, 31. März, 1 Uhr 5 M.
 à 367 à 369,00 à 368,50 à 369,
 112,00 nom., 1860er Boose —, De
 Papierrente 49,25, Ungar. O

40, Zinsen 1868 7, 6, Creditvoban
 u. ottom. —, —, Ital. 69, 45, Chemins
 —, —, ungar. Goldrente 70%, Spanien
 6%. Feft.
 [Bridatberlebr.] Credit-Actien 368,00
 , Franzosen 407,50 à 410,00, Lombarden
 erreichte die Goldrente 59,25, Silberrente —,
 rente 70,25, Italiener 69,25 à 69,40,

Entree 50 Pf. [3365]
Es ladet hierzu ergebenst **C. Schid.**
Den Schwämme führenden Herren
Kaufleuten empfiehlt als billig
Zimoca-Waschschwämme,
pr. Kilo Rm. 5
[3714] **Witth. Ermler, Breslau.**

„Dr. Xaviers vollständige Befestigung aller Schwächezustände durch erprobte u. reelle Mittel.“
Gegen Einsendung von 60 Pf. in Briefmarken an Friedrich Otto's Buchhandlung in Leipzig erfolgt Francozusendung in Couvert.